

**Zusammenarbeit zwischen Seniorenvertretung
und Stadtverwaltung/
Wahl der Seniorenvertretung 2017**

Produkt 60 5.4.2.3 Interessenvertretung für ältere
Menschen durch den Seniorenbeirat

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05096

Beschluss des Sozialausschusses vom 10.03.2016 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Die Seniorenvertretung hat gegenüber der Stadtverwaltung und insbesondere auch gegenüber dem Oberbürgermeister wiederholt den Bedarf geäußert, ein selbst verwaltetes Budget zur Verfügung zu haben. Darüber hinaus fordert die Seniorenvertretung, dass die Fachaufsicht über die Geschäftsstelle des Seniorenbeirats vom Sozialreferat auf den Seniorenbeirat übergeht. In der vorliegenden Beschlussvorlage nimmt das Sozialreferat zu diesen Forderungen Stellung.

Des Weiteren wird der Zeitplan für die Wahl der nächsten Seniorenvertretung im Jahr 2017 vorgestellt. Die federführende Planung und Organisation dieser Wahl und die weiteren Aufgaben, die mit der Betreuung der Seniorenvertretung verbunden sind, erfordern eine Stellen- und Budgetausweitung in der Abteilung Kommunale Altenhilfe des Amtes für Soziale Sicherung.

Im Folgenden werden zunächst einige grundlegende Aspekte der Seniorenvertretung dargestellt, die für das Verständnis der o.g. Ausführungen wichtig sind.

1. Aufgaben und Zusammensetzung der Seniorenvertretung

In der „Satzung für die Seniorenvertretung der Landeshauptstadt München“ in der Fassung vom 14.04.2000, zuletzt geändert am 10.09.2012, wird die Aufgabe der Seniorenvertretung wie folgt definiert: „(Sie) hat die Aufgabe, gegenüber Stadtrat und Stadtverwaltung die Interessen der älteren Einwohnerinnen und Einwohner Münchens durch Anträge, Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen wahrzunehmen.“

Laut Satzung besteht die amtierende Seniorenvertretung der Landeshauptstadt München aus:

- a) dem Vorstand mit einer/einem Vorsitzenden und drei Vertreterinnen/Vertretern sowie einer/einem Schriftführerin/Schriftführer,
- b) dem Seniorenbeirat mit 29 Personen (je eine Vertretung aus den 25 Stadtbezirken und vier Vertreterinnen/Vertretern der Ausländerinnen und Ausländer),
- c) der Seniorenvertretung in den 25 Stadtbezirken mit derzeit 165 Personen.

Die Seniorenvertretung ist in sechs Fachausschüssen tätig, die jeweils von Seniorenbeirätinnen und -beiräten geleitet werden:

Fachausschuss 1: Öffentlichkeitsarbeit

Fachausschuss 2: Regionale Zusammenarbeit

Fachausschuss 3: Gesundheit

Fachausschuss 4: Bildung und Kultur

Fachausschuss 5: Sicherheit und Verbraucherschutz

Fachausschuss 6: Themenschwerpunkte für die Zukunft.

Die Seniorenvertretung ist zudem in 25 regionalen Arbeitskreisen in den 25 Stadtbezirken tätig.

2. Organisatorische Anbindung der Seniorenvertretung an das Sozialreferat

Die Seniorenvertretung wird durch das Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, Abteilung Kommunale Altenhilfe, betreut. Diese Anbindung an das Sozialreferat ist aus verschiedenen Gründen sinnvoll:

a) thematisch

Die thematische Schnittmenge der Aufgaben und Anliegen der Seniorenvertretung sind beim Sozialreferat größer als bei anderen Referaten. Dementsprechend sind bei vielen Produkten des Sozialreferats die älteren Menschen die Hauptzielgruppe. Überdies ist der Schwerpunkt der Anträge der Seniorenvertretung die soziale Situation älterer Menschen, auch wenn Aufgaben und Zuständigkeiten anderer Referate betroffen sind.

b) Kommunikation und Information

Ältere Menschen sind eine bedeutende Zielgruppe des Sozialreferats. Die im Sozialreferat vorhandenen profunden Kenntnisse und die wissenschaftliche Expertise im Bereich Altenhilfe sowie detaillierte Daten über die Bedarfe älterer Menschen in München stellen eine äußerst wichtige Grundlage für die Arbeit der Seniorenvertretung dar.

Zudem decken sich in vielen Fällen die Kommunikationspartnerinnen und -partner des Sozialreferats mit denen der Seniorenvertretung: Wohlfahrtsverbände und andere Träger sozialer Einrichtungen, Stiftungen, Initiativen und Selbsthilfegruppen. Von den Kontakten des Sozialreferats mit bzw. vom Informationsfluss zwischen Sozialreferat und diesen Institutionen profitiert auch die Seniorenvertretung.

3. Aufgaben der Geschäftsstelle der Seniorenvertretung

Die Seniorenvertretung wird unterstützt durch eine Geschäftsstelle. Diese stellt das „Büro“ der Seniorenvertretung dar und fungiert als Schnittstelle zwischen der Seniorenvertretung und der Stadtverwaltung München. Die Geschäftsstelle besteht derzeit aus zwei Mitarbeiterinnen:

a) Geschäftsstellenleitung

Die Aufgaben der Geschäftsstellenleitung sind:

- Leitung der Geschäftsstelle mit einer unterstellten Mitarbeiterin bzw. einem unterstellten Mitarbeiter der 2. Qualifikationsebene mit Verantwortung für alle verwaltungsorganisatorischen Tätigkeiten, insbesondere Erledigen des Schriftverkehrs, Veröffentlichungen, Bestellwesen, Erstellen von Vergabevermerken, Organisieren sowie Bearbeiten und Abrechnen von Veranstaltungen und Dienstreiseanträgen der Seniorenbeiratsmitglieder etc.,
- persönliche und telefonische Beratung älterer Bürgerinnen und Bürger in allen Angelegenheiten mit Verweis auf die entsprechenden Zuständigkeiten,
- Teilnahme an Vorstandssitzungen,
- Erledigung aller organisatorischen Aufgaben zu den Beratungsangeboten des Seniorenbeirats,
- Entwürfe und Auftragsvergabe für Flyer, Broschüren, Zeitung „WIR über 50“ u. a.,
- Aktenführung und Dokumentation der Tätigkeit des Seniorenbeirats u.a.

b) Teamassistenz

Die Aufgaben der Teamassistenz sind:

- Erledigung des (wiederkehrenden) Schriftverkehrs, wie Versenden von Protokollen, Einladungen, Anträgen u. a.,
- Zuordnung des Posteinlaufs und Verteilung des Informationsmaterials,
- Raumreservierungen,
- Vorbereitung (mit Kopien, Teilnehmerlisten etc.) von monatlichen Vorstands- und Plenumssitzungen sowie Seniorenvertreterversammlungen,
- Zusammenarbeit mit der Hausmeisterei in der Geschäftsstelle, Erteilung von Reparaturaufträgen u.a.

4. Übergreifende, zentrale Aufgaben in der Abteilung Kommunale Altenhilfe

Die Abteilung Kommunale Altenhilfe des Amtes für Soziale Sicherung im Sozialreferat übt die Fach- und Dienstaufsicht über die Geschäftsstelle des Seniorenbeirats aus. Dies beinhaltet folgende Aufgaben/Tätigkeiten:

- Bearbeitung von Stadtrats- und/oder Bezirksausschussanträgen, -anfragen und -empfehlungen, Verfassen von Stellungnahmen für die Seniorenvertretung,
- Fortschreibung der Geschäftsordnung und Satzung der Seniorenvertretung mit den entsprechenden Beschlussvorlagen zur Entscheidung im Stadtrat nach rechtlicher Vorklärung,
- Bearbeitung von Beschwerden und Anliegen von Mitgliedern der Seniorenvertretung,
- Bearbeitung von Konflikten und Vorschläge zur Konfliktlösung innerhalb der Seniorenvertretung und damit verbundene Klärung von Rechtsfragen,
- Erweiterungen bzw. Änderungen der Internetseite der Seniorenvertretung und diesbezügliche rechtliche Klärungen und Regelungen,
- Teilnahme an Vorstands-/Plenumssitzungen und an Seniorenvertreterversammlungen auf Einladung,
- Planung und Durchführung der alle vier Jahre stattfindenden Wahl der Seniorenvertretung, Bearbeitung von Beschwerden und Klagen im Nachgang der Wahl,
- Führen und Leiten der beiden Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Geschäftsstelle nach den Grundsätzen für Führung und Zusammenarbeit der Landeshauptstadt München,
- Anmeldung und Controlling von Haushaltsmitteln,
- fachliche Unterstützung der Seniorenvertretung im Bereich Altenhilfe.

Diese Aufgaben werden zur Zeit von der Leitung der Unterabteilung S-I-A 1 der Abteilung Kommunale Altenhilfe zusätzlich zu den regulären Aufgaben wahrgenommen. In den letzten Jahren hat der Umfang der o.g. Aufgaben deutlich zugenommen, so dass hierfür mittlerweile der größte Anteil der Arbeitszeit der Leitung der Unterabteilung benötigt wird. Dies hat zur Folge, dass die eigentlichen Aufgaben der Leitung (fachliche Steuerung der Angebote für ältere Menschen in den Sozialbürgerhäusern, Bearbeitung von Projekten im Bereich Altenhilfe, Dienst- und Fachaufsicht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterabteilung S-I-A 1) inzwischen nicht mehr erledigt werden können.

Das Sozialreferat schlägt vor diesem Hintergrund vor, bei der Unterabteilung S-I-A 1 der Abteilung Kommunale Altenhilfe eine zusätzliche Verwaltungsstelle (Vollzeitäquivalent) in E 11 TVöD einzurichten, die die Fach- und Dienstaufsicht über die Geschäftsstelle des Seniorenbeirats mit den o.g. Aufgaben übernimmt.

5. Budget für die Seniorenvertretung, Fachaufsicht über die Geschäftsstelle

Die Seniorenvertretung hat wiederholt, u.a. auch in einem Schreiben an den Oberbürgermeister vom 26.10.2015,

- a) ein vom Seniorenbeirat selbst verwaltetes zentrales Budget und ein Budget für die Stadtbezirke sowie
- b) die Übertragung der Fachaufsicht über die Geschäftsstelle der Seniorenvertretung vom Sozialreferat auf den Seniorenbeirat gefordert.

Das Sozialreferat nimmt zu diesen Forderungen wie folgt Stellung:

5.1 Gegenwärtige Finanzierung der Seniorenvertretung unter Berücksichtigung haushaltsrechtlicher Vorgaben

Sowohl die „zentralen“ Ausgaben des Seniorenbeirats als auch die Budgets für die Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken werden vom Sozialreferat finanziert. Für die zentralen Ausgaben gibt es zur Zeit kein Budget, diese werden vielmehr auf der Grundlage eines Planansatzes nach Antrag durch den Vorstand des Seniorenbeirats erstattet.

Für das Jahr 2015 betrug der Planansatz für die zentralen Ausgaben rund 53.000 Euro. Darin enthalten sind die Aufwandsentschädigung für die Seniorenbeiräte laut Satzung, Büromaterial, Vergabe von Dienstleistungen, Bewirtungskosten, zentrale und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit u.a. Den Seniorenvertretungen in den 25 Stadtbezirken stehen zudem jeweils ein Budget in Höhe von 400 Euro jährlich, d.h. 10.000 Euro insgesamt, zur Verfügung. Damit ergeben sich für das Jahr 2015 Gesamtausgaben für den Seniorenbeirat in Höhe von rund 63.000 Euro.

Da es sich bei diesen Ausgaben um städtische Gelder handelt, gelten bei ihrer Verwendung – wie in der gesamten Verwaltung der Landeshauptstadt München – die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Überprüfbarkeit und Rechtmäßigkeit. Aufgrund haushaltsrechtlicher Vorgaben wird bei Ausgaben des Seniorenbeirats und der Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken über 50 Euro die Genehmigung des Sozialreferats eingeholt. Bei Ausgaben über 500 Euro findet zudem das Vergaberecht Anwendung, sofern nicht Rahmenverträge bestehen.

Bis zu einer Höhe von 50 Euro entscheiden der Seniorenbeirat und die Seniorenvertretungen der Stadtbezirke also selbstständig über den Einsatz dieser städtischen Haushaltsmittel. Bei Ausgaben über 50 Euro ist eine formlose Anfrage beim Sozialreferat durch die Geschäftsstelle notwendig, die in eiligen Fällen auch telefonisch

erfolgen kann.

5.2 Forderung des Seniorenbeirats nach einem selbst verwalteten zentralen Budget und einem Budget für die Stadtbezirke

Der Seniorenbeirat fordert zum einen ein zentrales Budget und zum anderen Budgets für die Seniorenvertretungen der Stadtbezirke. Darüber hinaus beantragt er, dass er diese Budgets „selbst verwalten“ kann, dass also von den unter Punkt 5.1 dargestellten haushaltsrechtlichen Regelungen abgewichen wird.

Das Sozialreferat schlägt ein jährliches Gesamtbudget für den Seniorenbeirat und die Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken in Höhe von insgesamt 70.000 Euro vor. Dieser Betrag berücksichtigt die Höhe der Ausgaben für das Jahr 2015 in Höhe von 63.000 Euro und zukünftige Mehrausgaben durch Kostensteigerungen in Höhe von 7.000 Euro. Für die Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken ist dabei – entsprechend der gegenwärtigen Regelung – ein Budget in Höhe von jeweils 400 Euro vorzusehen. Der Betrag in Höhe von 70.000 Euro wird über das Produkt 60 5.4.2.3 bereitgestellt.

Da in der Satzung des Seniorenbeirats bisher keine Aussagen zu Budgets getroffen sind, schlägt das Sozialreferat zudem vor, die Höhe des jährlichen Gesamtbudgets und der Budgets für die Seniorenvertretungen der Stadtbezirke in der Satzung festzuschreiben.

Was die Forderung des Seniorenbeirats nach einer Selbstverwaltung des Budgets angeht, so gibt das Sozialreferat Folgendes zu bedenken:

Da es sich bei Geldern, die dem Seniorenbeirat und den Seniorenvertretungen der Stadtbezirke zur Verfügung gestellt werden, um städtische Haushaltsmittel handelt, müssen die haushaltsrechtlichen Vorgaben, die unter Punkt 5.1 dargestellt sind, zwingend eingehalten werden. Zudem ist der Seniorenbeirat nach § 2 Absatz 3 der Satzung des Seniorenbeirats keine eigene Rechtspersönlichkeit und kann daher nicht Träger vermögensrechtlicher Ansprüche oder Verpflichtungen sein.

Eine eigenständige Verwaltung des Budgets wäre unter Umständen nur dann möglich, wenn der Seniorenbeirat als eigener Verein tätig wäre. Die Finanzierung könnte dann über einen städtischen Zuschuss erfolgen, der über Verwendungsnachweise abgerechnet werden müsste. Der damit verbundene Aufwand sowohl für den Seniorenbeirat als auch für das Sozialreferat würde im Vergleich zu der derzeitigen Regelung keine Verbesserung darstellen.

Überdies profitiert – wie insbesondere unter Punkt 2 dargestellt – der Seniorenbeirat von

der engen Anbindung an die Verwaltung, die im Falle eines Übergangs des Seniorenbeirats in die Rechtsform eines Vereins zu weiten Teilen verloren ginge.

Für die Möglichkeit einer Selbstverwaltung des Budgets sprächen nach Ansicht des Seniorenbeirats die Budgetbefugnisse der Bezirksausschüsse. Aus Sicht des Sozialreferats ist dieser Vergleich jedoch nicht zulässig, da die Bezirksausschüsse lokale Organe der Stadtverwaltung mit eigenem, vom Stadtrat abgeleitetem Entscheidungsrecht und eigenen Pflichten sind. Die Aufgabenstellung und damit verbundene Budgethoheit der Bezirksausschüsse können daher nicht als Vorbild dienen.

Das Sozialreferat weist ferner darauf hin, dass beim Behindertenbeirat bei der Verwendung städtischer Mittel in der selben Weise verfahren wird wie beim Seniorenbeirat.

Sollte der Seniorenbeirat an seiner Forderung nach Selbstverwaltung des Budgets festhalten, ist das Sozialreferat bereit, unter Hinzuziehung von Revisionsamt und Stadtkämmerei eine abschließende Entscheidung herbeizuführen.

5.3 Übertragung der Fachaufsicht über die Geschäftsstelle der Seniorenvertretung vom Sozialreferat auf den Seniorenbeirat

Das Sozialreferat übt sowohl die Dienst- als auch die Fachaufsicht über die Geschäftsstelle der Seniorenvertretung aus. Der Seniorenbeirat ist der Ansicht, dass sich die Unterstützung seiner Arbeit durch die Geschäftsstelle verbessern würde, wenn die Fachaufsicht auf ihn übergehen würde.

Würde die Fachaufsicht auf den Seniorenbeirat übergehen, käme es zu einer Trennung von Dienst- und Fachaufsicht. Diese Trennung ist nach Auffassung des Sozialreferats nicht sinnvoll, da dies zu einem erheblichen Abstimmungsbedarf zwischen Sozialreferat und Seniorenbeirat führen würde.

Dem Seniorenbeirat zusätzlich zur Fachaufsicht auch die Dienstaufsicht über die Geschäftsstelle zu übertragen ist nicht möglich, da die Ausübung der Dienstaufsicht durch ehrenamtlich tätige Personen über städtisches Personal nicht möglich ist.

Das Sozialreferat ist überdies der Auffassung, dass – unabhängig von der formalen Frage der Verortung der Fachaufsicht – eine effektive Unterstützung der Arbeit des Seniorenbeirats durch die Geschäftsstelle in erster Linie auf einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Geschäftsstelle und Seniorenbeirat beruht.

Aus den dargestellten Gründen spricht sich das Sozialreferat dafür aus, dass die

Fachaufsicht über die Geschäftsstelle beim Sozialreferat verbleibt. Falls der Stadtrat dieser Auffassung nicht folgen sollte, muss die Frage der Fachaufsicht über die Geschäftsstelle beamten- und tarifrechtlich geprüft werden.

6. Wahl der Seniorenvertretung im Jahr 2017

Die Satzung für die Seniorenvertretung regelt die alle vier Jahre in Kooperation mit dem Wahlamt des Kreisverwaltungsreferats stattfindenden Neuwahlen. Nachdem die letzte Wahl im März 2013 stattgefunden hat, wäre die nächste planmäßige Wahl für das 1. Quartal 2017 vorzusehen.

Der Seniorenbeirat bat jedoch ausdrücklich darum, die Wahl zu Gunsten einer höheren Wahlbeteiligung nicht mehr in die Wintermonate zu legen, sondern in den Sommer. Da im Sommer 2017 jedoch die Bundestagswahlen vorzubereiten sind, kann das Kreisverwaltungsreferat einen Wahltermin im November anbieten. Dieser Termin wurde bereits mit dem Seniorenbeirat abgestimmt.

Kreisverwaltungsreferat, Sozialreferat und Seniorenvertretung sprechen sich gemeinsam dafür aus, dass die Wahl im November 2017 stattfindet. In § 9 Absatz 1 der Satzung der Seniorenvertretung ist grundsätzlich festgelegt, dass „... die Seniorenvertretungswahlen ab dem Jahr 2014 ... im zweiten Quartal des jeweiligen Wahljahres statt(finden).“ Allerdings ermöglicht § 3 Absatz 4 der Satzung, dass „nach Ablauf der Amtszeit die gewählte Seniorenvertretung die Geschäfte kommissarisch bis zu einem Zeitraum von zwölf Monaten weiterführt, wenn die Neukonstitution aus sachlichen Gründen nicht rechtzeitig erfolgen kann.“ Das Sozialreferat sieht diesen sachlichen Zweck als gegeben an und wird daher dem Stadtrat im 4. Quartal 2016 vorschlagen, die Satzung entsprechend zu ändern und die Wahl erst im November 2017 durchzuführen.

Für die Wahl der Seniorenvertretung ergibt sich damit folgender Zeitplan:

September 2016	Beschluss des Sozialausschusses zu Satzungsänderungen/Wahlordnung
Juni/Juli 2017	Aufruf zur Kandidatur
August 2017	öffentliche Bekanntgabe der Kandidatenliste im Wahlausschuss/Amtsblatt
Mitte Oktober 2017	Versand der Briefwahlunterlagen
Bis Mitte November 2017	Rücklauf der Wahlunterlagen, Auszählung der Stimmen und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Bis Mitte Februar
2018

Vorstandswahlen, Ende der Amtszeit der alten und Beginn
der Amtszeit der neuen Seniorenvertretung.

Neben der genannten Terminverschiebung hat das Kreisverwaltungsreferat weitere Vorschläge zur Änderung der Satzung mit Blick auf die Abwicklung der Wahl. Auch die Seniorenvertretung regt einige Änderungen der Satzung an. Das Sozialreferat wird diese Vorschläge prüfen und das Ergebnis dem Stadtrat ebenfalls im 4. Quartal 2016 zur Entscheidung vorlegen. In diesem Zusammenhang wird auch die unter Punkt 5.2 vorgeschlagene Verankerung des Budgets der Seniorenvertretung in der Satzung mit berücksichtigt.

Für die Organisation und Abwicklung der Wahl der Seniorenvertretung 2017 sind – analog zu den vorhergehenden Wahlen – befristet von September 2016 bis Februar 2018 zwei Vollzeitäquivalente (VZÄ) notwendig.

7. Personal- und Sachkosten

Verwaltungsstelle („Koordinierung Seniorenbeirat“):

a) laufende Personalkosten (1 Vollzeitäquivalent in E11):	80.360 Euro
b) laufende Arbeitsplatzkosten (konsumtiv):	800 Euro
c) einmalige Arbeitsplatzkosten (investiv):	2.370 Euro

Wahl der Seniorenvertretung:

a) Personalkosten:	209.550 Euro
(18 Monate)	(1 VZÄ in E10: 74.670 Euro 1 VZÄ in E9: 65.030 Euro)
b) laufende Arbeitsplatzkosten für zwei VZÄ (konsumtiv):	2.400 Euro
(18 Monate)	

Einmalige Arbeitsplatzkosten fallen nicht an, da das Personal in vorhandenen und eingerichteten Büros untergebracht wird.

Damit fallen für den gesamten Zeitraum von September 2016 bis Februar 2018 (18 Monate = 1,5 Jahre) Kosten in Höhe von 211.950 Euro an.

Für die Durchführung der Wahl fallen überdies Sachkosten v.a. für Porti und Versand der Briefwahlunterlagen, Öffentlichkeitsarbeit, Anmietung der Räumlichkeiten für die Stimmauszählung in Höhe von maximal 700.000 Euro an. In dieser Summe sind mögliche Kostensteigerungen für den Versand und die Rücksendung der Briefwahlunterlagen

enthalten. Nach Auskunft des Wahlamtes des Kreisverwaltungsreferates wird es ab 2016 die noch bei der letzten Wahl 2013 vorhandene günstige Versandoption „Infopost“ nicht mehr geben. Ob die die „Infopost“ ersetzende „Dialogpost“ für die Wahl der Seniorenvertretung passend ist, kann momentan noch nicht abschließend beurteilt werden.

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten *	88.160,-- ab 2016	700.000,-- in 2017	211.950,-- von 09/2016 bis 02/2018
davon:			
Personalauszahlungen	80.360,--	0,--	209.550,-- von 09/2016 bis 02/2018
Sachauszahlungen** (Arbeitsplatz)	800,--	700.000,-- in 2017	2.400,-- von 09/2016 bis 02/2018
Sachauszahlungen** (Seniorenvertretungswahl)			
Sachauszahlungen** (Budget)	7.000,-- ab 2016		
Transferauszahlungen	0,--	0,--	0,--
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente städtisch:	1		2
neue Stellen Träger (VZÄ):			
Nachrichtlich Investition		2.370,--	

* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten und Rückstellungen u. a. für Pensionen) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entstehen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 50 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

Das jährliche Budget der Seniorenvertretung beträgt insgesamt 70.000 Euro (Produkt 60 5.4.2.3). In diesem Budget sind die 10.000 Euro für die 25 Stadtbezirke (400 Euro für jeden Stadtbezirk) enthalten. Da bereits in den Vorjahren die laufenden Kosten (Planansatz 2015: 63.000 Euro) aus dem Haushalt des Produktes 5.4.2.3 beglichen wurden, fallen durch die Bereitstellung eines zentralen, auf 70.000 Euro gedeckelten

Budgets für die Seniorenvertretung neue Kosten in Höhe von 7.000 Euro dauerhaft an.
Die Höhe des Gesamtbudgets und des Budgets für die Stadtbezirke sind in der Satzung der Seniorenvertretung zu verankern.

8. Unabweisbarkeit

Die Einrichtung einer Verwaltungsstelle „Koordinierung Seniorenbeirat“ und von zwei Stellen für die Wahl der Seniorenvertretung ab September 2016 ist unabweisbar. Eine spätere Einrichtung der Stellen würde angesichts des großen Aufwands für die Vorbereitung der Wahl dazu führen, dass der unter Punkt 6. dargestellte Zeitplan für die Wahl nicht eingehalten werden kann. Eine Abweichung von diesem Zeitplan würde zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Abwicklung der Wahl führen.

Das Sozialreferat wird die Mittel in voller Höhe aus dem zur Verfügung stehenden Budget nach Beschlussfassung durch die Vollversammlung für die beschriebenen Zwecke vorstrecken. Im Rahmen des Nachtragshaushalts werden die Mittel aus dem Haushalt des Sozialreferats zusätzlich bereitgestellt.

Ein Aufschub der Aufgabenerledigung bis zum Nachtragshaushalt ist aus den dargelegten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht vertretbar, die Aufgabenerfüllung ist sachlich unbedingt notwendig und zeitlich unaufschiebbar.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit dem Kreisverwaltungsreferat abgestimmt.

Die Stellungnahmen des Direktoriums/Vergabestelle 1 und des Seniorenbeirats lagen zur Drucklegung noch nicht vor. Sie werden ggf. bis zur Sitzung nachgereicht.

Die **Stadtkämmerei** erhebt gegen die Beschlussvorlage folgende Einwendungen:
„Die Seniorenbeiratswahl im Jahr 2013 (Sitzungsvorlage Nr. 08–14/ V 06453) konnte ohne zusätzliches Personal durchgeführt werden. Ein konkreter Mehrbedarf 2017 gegenüber 2013 ist seitens der Stadtkämmerei nicht zu erkennen. Weiter wird hierzu jedoch auf die Ausführungen des Personal- und Organisationsreferats verwiesen.

Ebenfalls waren für die Seniorenbeiratswahl in 2012 und 2013 Sachmittel in Höhe von insgesamt 270.000 € veranschlagt worden. Die nun geforderten Sachmittel in Höhe von 700.000 € erscheinen auch trotz ungeklärter Alternative zur günstigen Versandoption „Infopost“ doch sehr hoch. Eine konkretisierende Kostenkalkulation würde die Transparenz hier erhöhen.

Der moderaten Budgeterhöhung für die Seniorenvertretung in Höhe von 7.000 € auf insgesamt 70.000 € stimmt die Stadtkämmerei, auch im Hinblick von knapp 70.000 € Istkosten in 2014 und 2015 zu.

Ebenfalls ist die Stadtkämmerei gerne bereit, die unter Ziffer 5.2 geforderten haushaltsrechtlichen Vorgaben gemeinsam mit dem Revisionsamt und dem Sozialreferat zu prüfen und dem Stadtrat zu gegebener Zeit zu berichten.“

Das Sozialreferat teilt dazu Folgendes mit:

Für die vorangegangenen Seniorenbeiratswahlen wurden stets Aushilfskräfte zugeschaltet. 2013 wurde für den Zeitraum 01.01.2012 bis 30.09.2013 eine Stelle mit der Stellennummer B411487 in A10/E11 eingerichtet und durch einen Verwaltungsoberinspektor besetzt. Die zweite Stelle konnte für ein Jahr durch eine Public Management-Praktikantin besetzt werden und wurde daher nicht gesondert beantragt. Für die Organisation und Durchführung der Seniorenbeiratswahl ist diese zeitlich auf 18 Monate befristete Personalzuschaltung unbedingt erforderlich.

Bzgl. der Sachkostensteigerungen für die Seniorenbeiratswahl stellt das Sozialreferat fest, dass die tatsächlichen Kosten 2013 in Höhe von 360.000 € deutlich über den Planungen lagen. Zu den Kostenarten gehören vor allem Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung (Flyer, Plakate, Broschüren, Plakatierungskosten für Kandidat/-innenaufruf und Wahlauf Ruf), Anmietung von Räumlichkeiten für die Briefwahlauszählung, Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche für die Briefwahlauszählung u.v.m.

Die Porti schlugen 2013 mit ca. 161.000 € zu Buche. Die Porti werden 2017 deutlich über diesem Niveau liegen, da einerseits von der Deutschen Post die kostengünstige „Infopost“ nicht mehr angeboten wird und voraussichtlich auf Standardporti zurückgegriffen werden muss. Darüber hinaus erhofft sich das Sozialreferat eine deutlich höhere Wahlbeteiligung (in 2013: 22,7%). Damit einher gehen höhere Porti für die vorfrankierten Rücksendungen der Briefwahlunterlagen und für die benötigten ehrenamtlichen Kräfte für die Briefwahlauszählung. In den kalkulierten Kosten sind ferner auch allgemeine Kostensteigerungen in allen Aufwendungen berücksichtigt.

Eine genaue Kostenschätzung für die Porti ist zur Zeit nicht möglich. Für den Versand der Wahlunterlagen werden 0,85 € pro Wahlberechtigter/Wahlberechtigtem veranschlagt (entspricht bei 360.000 Wahlberechtigten 306.000 €). Bzgl. der Rücksendungen der Wahlbriefe werden bei einer Wahlbeteiligung von ca. 30% Kosten in Höhe von ca. 75.000 € errechnet. Dies entspricht kalkulierten Kosten in Höhe von insgesamt 381.000 € ausschließlich für Porti.

Das **Personal- und Organisationsreferat** nimmt zu dieser Vorlage wie folgt Stellung:
„Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig in diesem Zusammenhang geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu, allerdings nur in folgendem Umfang und zeitlich befristet:

2 Stellen (VZÄ) für SB Wahlanglegenheiten, befristet für 18 Monate ab Stellenbesetzung.

Einwände werden gegen die beantragte Zuschaltung von einer Stelle (1 VZÄ) für die Fach- und Dienstaufsicht der Geschäftsstelle des Seniorenbeirats (vgl. Beschlussvortrag S. 4, Ziffer 4) erhoben.

Die **Ziffer 3** (Anm.: wegen Streichung jetzt Ziffer 2) **des Antrags der Referentin** ist entsprechend zu **ändern**.

Begründung

Der zusätzliche Bedarf an einer Leitungsstelle (VZÄ) erschließt sich aus der Darstellung im Beschlussvortrag nicht. Der Bedarf wird vom Sozialreferat mit Aufgabenzuwächsen in der Dienst- und Fachaufsicht der Geschäftsstelle des Seniorenbeirats begründet (vgl. S. 4, Ziffer 4, Abs. 1). Die dargestellten Aufgaben sind jedoch bereits mit der Planstelle Nr. B248677/A11 (SB Geschäftsstellenaufgaben) verbunden. Zudem werden die Aufgaben der Leitung – fachlichen Steuerung der Angebote für ältere Menschen in den SBHs, Bearbeitung von Projekten im Bereich Altenhilfe und Dienst- und Fachaufsicht (vgl. S. 4, Ziffer 4, Abs. 2) - durch die Abteilungsleitung der Abt. Kommunale Altenhilfe (Stelle Nr. V420179/Ib) bereits wahrgenommen.

Vor diesem Hintergrund erschließt sich der geltend gemachte Mehrbedarf im Umfang von 1 VZÄ nicht. Der Bedarf kann nicht anerkannt werden.

Es wird darum gebeten in der **Antragsziffer 3** (Anm.: wegen Streichung jetzt Ziffer 2) den **Umfang der** zusätzlich geforderten **Stellenkapazitäten** entsprechend der vorstehenden Ausführungen zu **reduzieren**.

Ferner bitten wir den Vortrag wie folgt zu ergänzen:

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.“

Hierzu nimmt das Sozialreferat wie folgt Stellung:

Die Aufgaben der neu beantragten Stelle können nicht über die Geschäftsstelle des Seniorenbeirats erledigt und bewältigt werden. In den letzten Jahren haben die qualitativen und quantitativen Anforderungen insbesondere bei der Bearbeitung von Anträgen und Anfragen oder Schreiben von Bürgerinnen und Bürgern und von Seniorenvertreterinnen und -vertretern sowie die Bearbeitung von Konflikten innerhalb der Seniorenvertretung erheblich zugenommen. Eine zeitnahe Aufarbeitung ist über die Geschäftsstelle nicht mehr zu gewährleisten. Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle ist unbedingt notwendig, um die geordnete Arbeit aller Seniorenvertreterinnen und -vertreter zu gewährleisten und die Kooperation zwischen dem Sozialreferat und dem Seniorenbeirat zu optimieren.

Das Sozialreferat ergänzt, dass diese Aufgaben nicht von der Abteilungsleitung Kommunale Altenhilfe (neu „Altenhilfe und Pflege“) (Stellen-Nr. V420179/Ib) wahrgenommen werden, sondern zusätzlich der kommissarischen Unterabteilungsleitung des Bereiches „Fachliche Steuerung der Angebote für ältere Menschen in den SBH“ (S-I-AP 1) zugeordnet wurden. Da diese Steuerungsaufgaben in der Unterabteilung aufgrund der neuen Anforderungen im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept Münchner Altenhilfe deutlich zugenommen haben, ist die Wahrnehmung der Aufgaben „Koordination Seniorenbeirat“ nicht mehr leistbar. Die Stellenschaffung ist unbedingt erforderlich, um die Angebote für ältere Menschen in den SBH fachlich weiterzuentwickeln und den Bedarfen des Seniorenbeirates gerecht zu werden.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Utz, der Stadtkämmerei, dem Direktorium, dem Revisionsamt, dem Personal- und Organisationsreferat, dem Kreisverwaltungsreferat, der Frauengleichstellungsstelle, dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit, dem Seniorenbeirat, der Beauftragten des Oberbürgermeisters für den Altenpflegebereich, dem Behindertenbeirat, dem Behindertenbeauftragten, dem Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK, dem Ausländerbeirat und den Vorsitzenden und Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern der Bezirksausschüsse 1-25 ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Die Fachaufsicht über die Geschäftsstelle der Seniorenvertretung verbleibt im Sozialreferat.

2. Personalkosten

Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, im Benehmen mit dem Sozialreferat die zusätzlich erforderliche Verwaltungsstelle für die „Koordinierung Seniorenbeirat“ in der Abteilung Kommunale Altenhilfe (S-I-A1) einzurichten und die Stellenbesetzung in die Wege zu leiten.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. bis zu 80.360 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich SO 20104, Unterabschnitt 4015 anzumelden.

Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, im Benehmen mit dem Sozialreferat die für die Durchführung der Seniorenvertretungswahl zusätzlich erforderlichen, auf 1,5 Jahre befristeten zwei Vollzeitstellen bei der Abteilung Kommunale Altenhilfe (S-I-A1) einzurichten und die Stellenbesetzungen in die Wege zu leiten.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die befristet erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. bis zu 211.950 Euro/Jahr entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen (von September 2016 bis Februar 2018) bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich SO 20104, Unterabschnitt 4015 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung der Stelle mit einer Beamtin/einem Beamten durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand (50% des Jahresmittelbetrags).

3. Sachkosten

- a) unbefristete Stelle „Koordinierung Seniorenbeirat“

Das Sozialreferat wird beauftragt, die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von maximal 3.170 Euro im Rahmen des Nachtragshaushalts 2016 bereitstellen zu lassen (Finanzposition 4015.650.0000.7: 800 Euro, Finanzposition 4015.935.9330.4: 2.370 Euro) und die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 800 Euro im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2017 zusätzlich anzumelden (Finanzposition 4015.650.0000.7).

b) befristete Stellen für die Seniorenvertretungswahl

Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2016 erforderlichen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von maximal 533 Euro im Rahmen des Nachtragshaushalts bereitstellen zu lassen bzw. die erforderlichen Haushaltsmittel für das Jahr 2017 in voller Höhe (1.600 Euro) bzw. für das Jahr 2018 anteilig (267 Euro) im Rahmen des jeweiligen Haushaltsplanaufstellungsverfahrens zusätzlich anzumelden (Finanzposition 4015.650.0000.7).

c) Organisation und Durchführung der Seniorenvertretungswahl

Das Sozialreferat wird beauftragt, die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel für die Organisation und Durchführung der Seniorenvertretungswahl in Höhe von 700.000 Euro im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2017 zusätzlich anzumelden (Unterabschnitt 4015/Produkt 60 5.4.2.3).

4. Das jährliche Budget der Seniorenvertretung wird auf insgesamt 70.000 Euro (Produkt 60 5.4.2.3) festgesetzt. Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Mittel in Höhe von 7.000 Euro im Rahmen der Nachtragsaufstellung 2016 bzw. im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2017 zusätzlich anzumelden (Unterabschnitt 4015, Kostenstelle 20104002).
In diesem Budget sind die 10.000 Euro für die Stadtbezirke (400 Euro für jeden Stadtbezirk) enthalten.
Die Höhe des Gesamtbudgets und des Budgets für die Stadtbezirke sind in der Satzung der Seniorenvertretung zu verankern.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Brigitte Meier
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an die Stadtkämmerei, HA II/11
an die Stadtkämmerei, HA II/12
an das Revisionsamt
z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Sozialreferat, S-III-M**
An die Frauengleichstellungsstelle
An das Sozialreferat, S-Z-F (2x)
An den Behindertenbeauftragten
An den Behindertenbeirat
An das Sozialreferat S-Z-F/H
An das Sozialreferat S-Z-F/H-PV
An das Sozialreferat S-Z-F/H-AV
An den Seniorenbeirat
An die Beauftragte des Oberbürgermeisters für den Altenpflegebereich
An den Ausländerbeirat
An das Referat für Gesundheit und Umwelt
An das Personal- und Organisationsreferat
An das Direktorium/Vergabestelle 1
An die Vorsitzenden, die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher der Bezirksausschüsse 1-25
z.K.

Am

I.A.

